Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/806

16. 09. 87

Sachgebiet 751

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage des Abgeordneten Stratmann und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/728 —

Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 und die Hochtemperaturreaktorlinie

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Aufbau einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung ohne Atomkraft ist eine zentrale industrie- und technologiepolitische Aufgabe im Rahmen der ökonomischen und ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft. Auch die Hochtemperaturreaktorlinie und der THTR 300 müssen in den Stufenplan des Ausstiegs aus der Atomkraft einbezogen werden.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb die Absicht der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die in der Landesplanung vorgesehenen Reserveflächen für Atomanlagen zu streichen und alle Atomanlagen in Nordrhein-Westfalen einer generellen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, an der auch erklärte Kritiker der Atomkraft beteiligt werden.
3. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Aussage der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, daß der THTR abzuschalten ist, wenn sich schwerwiegende Sicherheitsmängel ergeben. Solange die Bemühungen der SPD zur Veränderung des Atomrechts keine Mehrheit haben, kann jedoch die Betriebsgenehmigung bzw. der Weiterbetrieb des THTR 300 nicht versagt werden, wenn die Sicherheitsüberprüfung keine schwerwiegenden, nicht beseitigbaren Sicherheitsbedenken ergibt und von den Betreibern der Nachweis der Entsorgung erbracht wird.

Bonn, den 16. September 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Die Tatsache, daß die SPD derzeit weder im Deutschen Bundestag noch im Bundesrat eine Mehrheit hat und die Tatsache, daß von den derzeitigen Mehrheiten auf Bundesebene der Aufbau einer sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung ohne Atomkraft nicht gewollt, sondern blockiert wird, bedeutet für die SPD-Landesregierungen nicht, daß sie auf das Umsteuern in der Energiepolitik verzichten.

Die SPD bekräftigt, daß die sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft ihr Ziel bleibt. Die SPD bekräftigt die Aussage, daß bei ernsthaftem Wollen und bei entsprechenden Gesetzgebungsmehrheiten dieses Ziel innerhalb von zehn Jahren erreichbar ist. Solange die Gesetzgebungsmehrheit für den energiepolitischen Wandel fehlt, muß der Umbau des Energieversorgungsystems überall dort vorangetrieben werden, wo die geltenden Gesetze dazu Raum geben.

Bis dahin können die im Rahmen geltender Gesetze gegebenen Möglichkeiten auf Landesebene und in den Kommunen genutzt werden, um schrittweise eine neue Energiepolitik zu verwirklichen. Der Umstieg aus der Kernenergienutzung in ein neues Energieversorgungssystem kann nur Zug um Zug im Rahmen des jeweils geltenden Rechts erfolgen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333